Beitrags- und Finanzordnung des Vereins „R(h)ein Puppy e.V.“

Grundlage für die Regelungen in dieser Beitragsordnung ist § 4 der Satzung. Diese Beitrags- und Finanzordnung wurde am 12.07.2025 von der Gründungsversammlung wie folgt beschlossen.

§ 1 Finanzierung des Vereins/ Beitragspflicht

(1) Der Verein finanziert seine Aktivitäten vornehmlich aus Mitgliedsbeiträgen, Aufnahmegebühren, Spenden bzw. Erträgen aus Zweckbetrieben oder aus Erträgen aus Vermietung und Verpachtung, Unternehmensbeteiligungen, Lizenzgebühren etc. Im Rahmen des Vereinszweckes kann der Verein eigene Einrichtungen / Zweckbetriebe schaffen und unterhalten.

(2) Zur Erfüllung satzungsgemäßer Aufgaben dürfen Rücklagen gebildet werden.

(3) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke und ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die dem Verein zufließenden Mittel dürfen ausschließlich für die in der Satzung vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

(4) Die Mitgliedschaft im Verein ist beitragspflichtig. Beitragspflichtig sind

- a) ordentliche Mitglieder,
- b) Fördermitglieder,

I. Beitragsordnung

§2 Höhe der Beiträge

(1) Die Beiträge sind quartalsweise wie folgt zu entrichten:

ordentliche Mitglieder:

- 10,00 Euro

Fördermitglieder:

- 5,00 Euro

(2) Für die Beitragshöhe ist der am Fälligkeitstag bestehende Mitgliederstatus maßgebend. Erfolgt der Vereinseintritt nach einem Quartalsbeginn, ist der Beitragssatz dennoch vollständig für das entsprechende Quartal fällig.

(3) Vorstandsmitglieder sind während der Ausübung Ihrer Funktion von der Beitragspflicht befreit.

§3 Einzelfallregelung

(1) Der Vorstand kann mit einfacher Mehrheit im begründeten Einzelfall einen abweichenden Beitrag für ein Mitglied beschließen.

(2) Der Vorstand ist darüber hinaus berechtigt, Beitragsermäßigungen zur Verwirklichung der Satzungsziele insbesondere auch in folgenden Fällen zu gewähren:

- a) bei fälligkeitsnaher Zahlung;
- b) im ersten Jahr der Mitgliedschaft;
- c) bei Werbung eines Neumitglieds durch den Beitragspflichtigen.

(3) Darüber hinaus ist der Vorstand berechtigt, den fälligen Mitgliedsbeitrag auf Antrag des Mitgliedes teilweise oder vollständig zu stunden, zu ermäßigen oder zu erlassen, wenn eine überwiegend negative Aussicht auf die Einbringlichkeit der Beitragsforderung besteht oder die Durchsetzung der Beitragsforderung als unbillige Härte erscheint. Ein Rechtsanspruch auf Stundung, Ratenzahlung und / oder Erlass der Beitragsschuld besteht nicht.

§4 Fälligkeit

- (1) Der Mitgliedsbeitrag wird jeweils zum 10. Tag des ersten Monats eines jeden Quartals im Voraus in voller Höhe fällig. Der jeweilige Beitrag ist so rechtzeitig zu zahlen, dass er spätestens bis zum Fälligkeitstag auf dem Vereinskonto eingegangen ist.
- (2) Der Vorstand hat alle erforderlichen zivilrechtlichen Maßnahmen zur Beitragseinbringung zu ergreifen.
- (3) Der Verein erhebt neben den Fremdkosten
 - a) für jede Mahnung nach Eintritt des Verzuges einen Betrag von EUR 3,00;
 - b) für jede Anschriftenermittlung bei Nichtzustellbarkeit an die zuletzt dem Verein bekannte Anschrift neben den angefallenen Kosten eine Pauschale in Höhe von EUR 3,00;
 - c) für jede Rücklastschrift nach erteilter Einzugsermächtigung neben den angefallenen Kosten eine pauschale Bearbeitungsgebühr von jeweils EUR 3,00.
- (3) Von den in §§ 366 ff. BGB abweichende Verwendungsbestimmungen des Mitglieds sind unbeachtlich.
- (4) Für Rechtsstreitigkeiten aus Beitragsforderungen des Vereins gegen Mitglieder ist das Amtsgericht am Sitz des Vereins zuständig.

§5 Zahlungsweise

Die Zahlung des Beitrages erfolgt grundsätzlich per Überweisung auf das Geschäftskonto des Vereins. Hierbei ist jeweils die Mitgliedsnummer anzugeben.

§6 Aufnahmegebühren

Es wird eine einmalige Aufnahmegebühr von 0,00 Euro erhoben, die zu Beginn der Mitgliedschaft in voller Höhe fällig ist.

II. Finanzordnung

§ 7 – Geschäftsjahr, Haushaltsplanung

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr endet am 31. Dezember des Gründungsjahres.
- (2) Der Vorstand stellt vor Beginn eines Haushaltsjahres einen Haushaltsplan auf.
- (3) Der Kassenwart legt den Haushaltsplanentwurf spätestens zwei Monate vor Beginn eines Rechnungsjahres dem Vorstand zur Beschlussfassung vor. Der Haushaltsplan ist nach seiner Verabschiedung durch den Vorstand allen Mitgliedern unverzüglich in elektronischer oder Textform zur Kenntnis zu geben.

§ 8 – Buchführung und Rechenschaftslegung

- (1) Unter der Verantwortung des Vorstands sind Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu führen.
- (2) Der Vorstand hat bis zum 31. Juli eines jeden Jahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss aufzustellen.
- (3) Die Prüfung der Jahresabschlüsse erfolgt durch die von der Mitgliederversammlung bestimmten Kassenprüfer.

§ 9 – Sonderrecht des Kassenwartes

Der Kassenwart ist berechtigt, außerplanmäßigen Ausgaben oder solchen, die nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind, zu widersprechen. Der Widerspruch bewirkt, dass die vorgesehene Ausgabe nicht getätigt werden darf, es sei denn, der Vorstand lehnt den Widerspruch des Kassenwartes mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder ab und stellt den Kassenwart von der Verantwortung für die Ausgabe frei.

§ 10 – Haftung

(1) Jedes Mitglied des Vorstands haftet gegenüber dem Verein nur bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten.

(2) Der Verein haftet nur bis zur Höhe seines Vermögens.

III. Sonstiges

§ 11 Datenschutz

Die personenbezogenen Daten der Mitglieder werden elektronisch auf der Basis des Bundesdatenschutzgesetzes und der Datenschutz-Grundverordnung verarbeitet.

§ 12 Gültigkeit

Die vorstehende Beitragsordnung ist erstmalig ab dem 12.07.2025 anzuwenden. Bis dahin wird der Mitgliedsbeitrag nach den derzeitigen Bestimmungen erhoben.